

Berlin, 08. September 2021

Erläuterungen zum Programm des Auswärtigen Amts
„Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft
in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland“

Das Programm zum Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland ermöglicht Organisationen der Zivilgesellschaft und den in ihnen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, ihre Rolle als zentrale Akteure und wichtige Partner staatlichen Handelns wahrzunehmen und die andauernden Transformationsprozesse in den Ländern zu unterstützen.

Die Bundesregierung setzt sich mit den Instrumenten der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik dafür ein, dass im vorpolitischen, zivilgesellschaftlichen Raum, über nationale Grenzen hinweg Begegnung und Auseinandersetzung, Verständigung zu Träumen und Traumata von Völkern, zu konfliktreicher Vergangenheit, aber auch zu Hoffnungen auf Entwicklung und gesellschaftlich-sozialen Fortschritt stattfinden können. Dies kann nur gelingen, wenn möglichst vielen engagierten Akteuren sowohl aus ländlichen Regionen als auch aus urbanen Zentren eines Landes die Gelegenheit gegeben wird, den sozialen Zusammenhalt und den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen zu stärken, die Grundlagen einer freiheitlich-demokratischen und pluralistischen Grundordnung zu fördern und so auch in der Zukunft zu einem friedvollen Miteinander der Völker in Europa beizutragen. Hierfür stehen dem Auswärtigen Amt im Haushalt 2022 voraussichtlich wieder Haushaltsmittel zur Verfügung.

Umsetzbarkeit von Projekten in Zeiten der Covid-19-Pandemie

Die Covid-19-Pandemie stellt nach wie vor eine weltweite Zäsur dar, die sich auch unmittelbar auf die Durchführung von Projekten in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland auswirkt. Oft war es nur durch die Umstellung auf digitale und hybride Formate möglich, dass Projekte der letzten beiden ÖPR-Zyklen durchgeführt werden konnten. Aufgrund der Unwägbarkeit der weiteren Pandemieentwicklung müssen daher auch in diesem Förderzyklus alle eingereichten Projekte plausibel darlegen – und/oder ggf. Alternativen formulieren – wie die Projektziele auch im Falle wiederkehrender Einschränkungen durch die Covid-19-Pandemie erreicht werden können. Dabei sollten insbesondere verstärkt digitale und hybride Formate in der Konzeption berücksichtigt werden.

Insbesondere hybride Formate sollen weiterhin eine wichtige Rolle spielen, nicht zuletzt bei Dialog- und Begegnungsmaßnahmen, die zu den wesentlichen Zielen des ÖPR-Programms gehören. Dennoch kommt persönlichen, grenzüberschreitenden Begegnungen ein zentraler Stellenwert zu, wenn es darum geht, verloren gegangenes Vertrauen (z.B. vor dem Hintergrund territorialer Konflikte) wiederaufzubauen. Solche Maßnahmen sollten nur dann in rein digitalen Formaten durchgeführt werden, wenn die Umstände es nicht anders ermöglichen. Hybride Formate, die on- und offline-Phasen abwechseln und/oder teilweise lokal (offline) und überregional (online) durchgeführt werden, können geeignet sein, auch unter den voraussichtlich weiterhin schwierigen Bedingungen die Weiterführung von Dialogprozessen im Jahr 2022 zu ermöglichen.

Im Blick: Digitalisierung und Modernisierung von Strukturen

Auch im folgenden Jahr soll die Digitalisierung von Formaten und Strukturen unterstützt werden. Damit sollen Zugangsbarrieren verringert, eine breitere Zielgruppe in den Zielländern und in Deutschland eingebunden, die Vernetzung der Akteure unterstützt sowie die Durchführung überregionaler Projekte vereinfacht werden. Eine fachgerechte Umsetzung der Projektinhalte kann nur dann gewährleistet werden, wenn bei den handelnden Organisationen, insbesondere bei den Partnerorganisationen in den Zielländern, die notwendige digitale Infrastruktur besteht. Angesichts der mannigfaltigen Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Akteure können Mittel auch im Haushaltsjahr 2022 für die Förderung von Strukturkosten zur Verfügung gestellt werden. Es muss sich dabei um Kosten handeln, die im Rahmen der Durchführung geförderter Projekte entstehen (z.B. Anschaffungskosten für Hard- oder Software) oder für strukturfördernde Projekte angelegt sind. Bedingung ist nach wie vor eine inhaltliche Kopplung an eines der vier Förderziele. Die Übernahme dieser Kosten ist erstmals im letzten Jahr erfolgt und wird zunächst zeitlich begrenzt auf die Förderperiode 2022 erweitert. Detailliertere Informationen sowie eine Übersicht über Projekttypen, die sich besonders für die digitale Umsetzung eignen, entnehmen Sie bitte dem Dokument „FAQs Skizzeneinreichung ÖPR“; dieses finden Sie im Downloadbereich der Homepage

<http://oepr.diplo.de>.

Im Blick: Nachhaltige und klimasensible Projektplanung

Der Umwelt- und Klimaschutz ist eines der zentralen Themen unserer Zeit und soll die Überlegungen zur Konzeption und der Umsetzung einzelner Maßnahmen im Rahmen des Programms leiten. Ziel ist es, alle Beteiligten für eine ressourcenschonende und ökologisch nachhaltige Durchführung von Projekten zu sensibilisieren. Es muss in der Projektkonzeption überzeugend dargelegt werden, wie Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit im Projekt berücksichtigt werden und/oder welchen Beitrag das Projekt zum Umwelt- und Klimaschutz leistet. Flugreisen, die aufgrund der aktuellen Reisebeschränkungen momentan ohnehin schwierig durchzuführen sind, sollen nur noch

dann eingeplant werden, wenn unabdingbar für die Erreichung des Projektzwecks sind – andernfalls ist auf digitale Formate oder klimafreundliche Alternativen auszuweichen.

Des Weiteren sollen die **Ziele für nachhaltige Entwicklung** (*Sustainable Development Goals*, SDGs) der Vereinten Nationen bei der Projektkonzeption einbezogen und in unterschiedlichen Dimensionen von Nachhaltigkeit in der Projektarbeit noch stärker mitgedacht werden.

Welche Ziele sollen durch das Programm erreicht werden?

Die Bundesregierung fördert Maßnahmen, die durch die Zusammenarbeit der deutschen Zivilgesellschaft mit den Zivilgesellschaften in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland die notwendigen Transformations- und internen Integrationsprozesse in umfassender Weise unterstützen. Dies schließt die gesamte Bandbreite kultureller und bildungspolitischer Projektarbeit (insbesondere Medien, Wissenschaft, Bildung inkl. beruflicher Bildung, Kultur, Sprache und Jugendarbeit) ein.

Förderfähig sind daher Maßnahmen, die **dauerhafte zivilgesellschaftliche Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus Deutschland und den Ländern der Östlichen Partnerschaft bzw. aus Russland auf- oder ausbauen**. Projekte müssen zudem an die jeweiligen Länder- oder Regionalkontexte angepasst sein und Themen behandeln, die vor diesem Hintergrund relevant sind. **Projekte müssen außerdem**

- **möglichst viele Akteur*innen der Zivilgesellschaft erreichen (auch über Multiplikator*innen) und**
 - **eines der nachfolgenden weiteren Ziele verfolgen:**
1. **„Pluralismus stärken“ – Auf- und Ausbau von Informations-, Meinungs- und Medienvielfalt mit Schwerpunkt auf der Begegnung von Desinformation:**

Der Gedanke des Pluralismus ist ein zentrales und konstituierendes Element moderner Demokratien. Deren Legitimität liegt vor allem auch in der Anerkennung und dem Respekt vor der Vielfalt der Meinungen, Interessen und Ziele, die es in der Gesellschaft gibt. Die aktuelle Situation unterstreicht die Notwendigkeit eines geschulten und sicheren Umgangs mit journalistischen und insbesondere auch wissenschaftlichen Inhalten, Informationen und Daten – gleichermaßen von Sendern und Empfängern. Auch die journalistische Arbeit als solche steht in ihren verschiedenen Facetten vor Herausforderungen. Es bedarf einer besonderen Berücksichtigung der Belange von Journalist*innen und Medienschaffenden als gesellschaftliches Korrektiv, um ein unabhängiges und kritisches Informationsangebot zu gewährleisten.

2022 plant die Bundesregierung daher unter dem Förderschwerpunkt „Medienzusammenarbeit“ Mittel des Programms insbesondere für die Aufrechterhaltung, Professionalisierung medialer Informationsstrukturen und Vernetzung von Medienschaffenden in verschiedenen Bereichen bereitzustellen.

In den Themenfeldern Wissenschaftskommunikation, Datenjournalismus, Fact Checking und Media Literacy sollen insbesondere solche Projekte gefördert werden, die sich mit Themen an der Schnittstelle zwischen (sozialen) Medien, der Digitalisierung sowie Nachrichten im Allgemeinen befassen.

Darüber hinaus werden Projekte gefördert, die dem Auf- und Ausbau einer pluralistischen Medienlandschaft dienen. Insbesondere werden dabei Projekte berücksichtigt, die zur Resilienz von Gesellschaften gegen unzuverlässige und falsche Informationen durch eine Stärkung und Qualifizierung der Medienakteur*innen sowie zu einem besseren Zugang zu qualitativ hochwertigen und pluralistischen (lokalen) Medienangeboten beitragen können.

Förderfähig sind daher z.B. die Aus- und Fortbildung von Journalist*innen, Blogger*innen und anderen Medienakteur*innen in den Zielländern sowie Hospitationsprogramme von Journalist*innen in Deutschland, ferner Projekte zur Stärkung der Medienkompetenz, z.B. durch geeignete Maßnahmen an Schulen und Universitäten oder im Bereich der politischen Bildung.

2. „Wertediskurse fördern“ – Werte durch zivilgesellschaftlichen Dialog und kulturpolitische Maßnahmen stärken

Unter diesem Ziel können vor allem Austausch- und Kulturprojekte gefördert werden. Der offene Dialog über Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede ist Basis interner Integrationsprozesse wie auch nationaler Partnerschaften. Er findet immer dort statt, wo Menschen sich begegnen, austauschen und kooperieren. Dem Austausch über fundamentale Grundwerte wie Achtung der Menschenrechte, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, das Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung und dem Prinzip der Mehrheitsentscheidung kommt in Zeiten politischer Spannungen – und nicht zuletzt angesichts der in den Gesellschaften zirkulierenden anderslautenden Narrative – besondere Bedeutung zu.

Förderfähig sind daher auch Maßnahmen, die oben genannte Grundwerte durch zivilgesellschaftlichen Austausch oder durch kulturpolitische Maßnahmen vermitteln und stärken. In Frage kommen Dialog- und Begegnungsmaßnahmen zivilgesellschaftlicher Gruppen sowie eine Vielzahl von Formaten aus allen Bereichen des kulturellen Lebens, in denen es im Kern um die Vermittlung oben genannter Werte geht.

3. „Zukunftsperspektiven geben“ – Maßnahmen der akademischen, beruflichen und gesellschaftspolitischen Aus- und Fortbildung

Hier geht es in erster Linie um Aus- und Fortbildungsprojekte („Capacity Building“). Es ist zentrales Bedürfnis aller, insbesondere junger Menschen, eine Perspektive für das eigene wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Fortkommen zu haben und Entwicklungs- und Entfaltungschancen für sich und ihr Umfeld zu sehen. Hieraus entspringt die Motivation für jedwedes gesellschaftliches, politisches und soziales

Engagement für das eigene Land. Aus- und Fortbildung sind dabei das Fundament, auf dem jeder Mensch seine ganz persönlichen Zukunftsperspektiven und Träume aufbaut.

Förderfähig sind deswegen Maßnahmen der akademischen, beruflichen und gesellschaftspolitischen Aus- und Fortbildung, auch über die Vergabe von Stipendien. Zielgruppe sind vor allem, aber nicht ausschließlich, junge Menschen.

4. „Förderung von Dialog und Verständigung“ – Wiederaufbau verloren gegangenen Vertrauens vor dem Hintergrund territorialer Konflikte

Bei diesem Förderziel geht es um Maßnahmen, die im vorpolitischen Raum das notwendige Vertrauen zwischen Gesellschaften wiederherstellen, welche von ungelösten Territorialkonflikten betroffen sind. Diese Konflikte und Spannungen aufgrund unterschiedlicher geschichtlicher Narrative in der Region haben auch zu einer tiefen Spaltung der Zivilgesellschaften in und zwischen den Ländern geführt. Eine besondere Rolle spielen hierbei vor allem das Auseinanderfallen von Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie Fragen der Integration von Minderheiten. Die Folgen sind gegenseitiger Vertrauensverlust, Ausbildung und Vertiefung von Vorurteilen und mangelnde Gesprächsbereitschaft. Um dem entgegenzuwirken, bedarf es Menschen und Organisationen, die sich um das Verstehen der Perspektive der anderen Seite bemühen und hieraus Kompromissbereitschaft entwickeln.

Förderfähig sind daher Maßnahmen der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit, die vor dem Hintergrund territorialer Konflikte das Ziel verfolgen, unter Einsatz von Instrumenten aus dem Kultur- und Bildungsbereich die Bereitschaft zu Dialog und Verständigung der betroffenen Gruppen wiederherzustellen, um damit zum Aufbau verloren gegangenen Vertrauens und zum Abbau von Vorurteilen beizutragen. Auch hier soll der Rückgriff auf hybride Formate ein Instrument sein, um angesichts der vorherrschenden Reise- und Kontaktbeschränkungen auf die wichtigen persönlichen Begegnungen nicht vollends verzichten zu müssen.

In Deutschland, wie auch in den Zielländern der Östlichen Partnerschaft und Russland, herrscht in der Zivilgesellschaft eine große Solidarität mit denen, die am stärksten unter der Covid-19-Pandemie, ihren Folgen und dadurch hervorgerufenen autoritären Tendenzen gelitten haben und immer noch leiden. Um diese **vulnerablen Gruppen** wie auch die **Diversität** der vom Programm insgesamt angesprochenen Zielgruppen zu stärken, sollen auch im kommenden Jahr ganz besonders solche Projekte gefördert werden, die sich an Angehörige dieser sozialen Gruppen richten und/oder diese explizit einschließen. Ein Schwerpunkt soll deshalb auch auf der Förderung von Frauen in der Zivilgesellschaft liegen, v.a. aber nicht nur in Belarus.

Weiterhin sollen in allen vier Förderzielen besonders auch junge Menschen angesprochen werden, um deren Engagement in den Ländern aktiv zu unterstützen. Speziell sollen Projekte gefördert werden, die den Dialog über und das Gedenken an den Zweiten Weltkrieg im Allgemeinen und die Verbrechen des Nationalsozialismus im Besonderen stärken. Für die kommenden Jahre ist es ein Kernanliegen der Bundesregierung, die Auseinandersetzung

mit dem Erbe des Zweiten Weltkrieges vor allem mit jungen Menschen vielfältig zu gestalten, um so zur Herausbildung einer zukunftsgerichteten Erinnerungskultur beizutragen.

Grundvoraussetzungen der Projektförderung

1. In welchen Ländern müssen Projekte der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit stattfinden, um förderfähig zu sein?

Projekte der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit können gefördert werden, wenn sie in **Deutschland, in Russland oder in den Ländern der Östlichen Partnerschaft** stattfinden. Die Länder der Östlichen Partnerschaft sind Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, die Republik Moldau und die Ukraine. Geförderte Teilnehmer*innen sollen ihren Lebensmittelpunkt in einem der Länder der Östlichen Partnerschaft, Russland oder Deutschland bzw. in Polen oder Frankreich haben (siehe unten).

Möglich sind Projekte der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Deutschland und aus einem (**bilaterale Projekte**) oder mehreren (**multilaterale Projekte**) Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland.

Da das Ziel des Programms der Auf- und Ausbau und der Schutz von Strukturen zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland ist, ist die **Förderung rein nationaler Projekte sowie von Projekten ohne Partner in Deutschland oder in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland nicht vorgesehen.**

Es ist die Absicht der Bundesregierung, eine zu starke Konzentration auf Maßnahmen in den jeweiligen Haupt- und Metropolstädten zu verhindern und möglichst vielen Akteuren der Zivilgesellschaft in den genannten Ländern die Gelegenheit zu geben, sich untereinander und mit Akteuren in Deutschland zu vernetzen. Daher will die Bundesregierung einen besonderen Fokus auf Projekte legen, die in den **ländlichen Räumen und Regionen der Zielländer** stattfinden.

Die Bundesregierung legt 2022 insbesondere auch einen Fokus auf Länder, in denen die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft noch erhöht werden kann. Dies umfasst **Armenien, Aserbaidschan, Georgien** und die **Republik Moldau.**

Die deutsche und die französische Regierung haben auf dem Deutsch-Französischen Ministerrat vom 13. Juli 2017 beschlossen, die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich weiter zu vertiefen. Das Auswärtige Amt und das französische Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten sind in Umsetzung dieses Beschlusses daher übereingekommen, **französische Nichtregierungsorganisationen** für eine umfassendere Zusammenarbeit auch im Jahre 2022 am Programm „Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland“ teilhaben zu lassen.

Weiterhin können **Partner der polnischen Zivilgesellschaft** Teil zivilgesellschaftlicher Vorhaben im Rahmen des Programms sein. Begrüßt werden daher sowohl **gemeinsame deutsch-französische als auch deutsch-polnische Vorhaben mit einem oder mehreren**

Partnern in den Zielländern. Antragsberechtigt ist nur der deutsche Partner, zu fördernde Teilnehmer*innen können ihren Lebensmittelpunkt aber in Frankreich bzw. Polen haben. Voraussetzung für die Förderung dieser Projekte ist die aktive Teilhabe einer polnischen respektive französischen Partnerorganisation.

2. Wer sind die Akteure förderfähiger Projekte?

Die an den zu fördernden Maßnahmen beteiligten **Akteure müssen dem Bereich der Zivilgesellschaft** in Deutschland, ggf. Frankreich oder Polen und den Ländern der Östlichen Partnerschaft bzw. Russland zuzuordnen sein. Zielgruppe der Maßnahmen sind daher **Akteure außerhalb des Bereichs staatlichen und wirtschaftlichen Handelns**. Typische Akteure sind Medien, Verbände, Stiftungen (einschließlich der politischen Stiftungen), Hochschulen, Jugendvereinigungen, Kulturschaffende und sonstige Nichtregierungsorganisationen. Auch öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Medienanstalten werden der Zivilgesellschaft zugerechnet.

Akteure, die staatlichem oder wirtschaftlichem Handeln zuzuordnen sind, können nur in Ausnahmefällen in diesen Bereich fallen, wenn aufgrund der örtlichen Gegebenheiten in den Zielländern zivilgesellschaftliche Akteure nicht vorhanden sind und die zu fördernden konkreten Maßnahmen eine hinreichende Gewähr für die Erreichung der verfolgten politischen Ziele bieten.

Großer Wert wird im Programm auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen den Projektpartnern gelegt. Alle Partner sollen möglichst gleichermaßen in die Organisation, Ausrichtung und Durchführung des Projektes involviert sein. Um das sicherzustellen, wird mit der Einreichung eines förmlichen Antrags eine Erklärung eingefordert, dass das Projekt gemeinschaftlich ausgearbeitet und umgesetzt wird. Die Erklärung muss von allen Projektpartnern unterzeichnet werden.

3. In welchem Zeitraum sollten Projekte stattfinden?

Bei den Fördermitteln handelt es sich um **Projektmittel**. Dies bedeutet, dass sie dem **Haushaltsgrundsatz der Jährlichkeit** unterliegen. Grundsätzlich sollten Projekte daher im Laufe des Jahres 2022, also **bis zum 31.12.2022, abgeschlossen** sein. **In begründeten Fällen** kann das Auswärtige Amt jedoch in **begrenztem Umfang** von diesem Grundsatz abweichen und auch überjährige Projekte bewilligen. Voraussetzung hierfür ist, dass die **Über- bzw. Mehrjährigkeit zur Erreichung der verfolgten politischen Ziele zwingend erforderlich** ist.

Der Hinweis auf die Nachhaltigkeit des Projekts reicht in diesem Zusammenhang nicht. Dadurch soll erreicht werden, dass eine möglichst große Anzahl zivilgesellschaftlicher Akteure von einer Förderung für eine möglichst große Zahl von Projekten profitieren kann.

Als erforderlich wird die Anerkennung der Über- bzw. Mehrjährigkeit einer konkreten Maßnahme angesehen, wenn die mit der Förderung angestrebten außenpolitischen Ziele ohne Anerkennung der Über- bzw. Mehrjährigkeit nicht erreicht werden können. Dies ist

zum Beispiel der Fall, wenn die konkrete Maßnahme ihrer Natur nach nur überjährig durchgeführt werden kann, weil sie sich über ein Hochschulsesemester erstrecken muss.

Als zwingend wird die Anerkennung der Überjährigkeit einer konkreten Maßnahme betrachtet, wenn sonst keine Durchführungsalternative vorhanden ist.

Der Mindestbetrag für eine Förderung liegt bei 20.000 €; eine maximale Fördersumme ist nicht festgelegt.

Hinweis: Im Rahmen des Programms ist es möglich, Projekte wiederholt zu fördern. Voraussetzung für eine **maximal dreimalige Förderung** ist eine sichtbare, inhaltliche Weiterentwicklung der Vorhaben. Allerdings besteht kein Anspruch auf eine Folgebewilligung (§ 23 BHO). Die Programmmittel dienen dazu, Projekten eine Anschubfinanzierung zu ermöglichen. Es ist die Aufgabe des Projektträgers, die langfristige Finanzierung durch anderweitige Förderung oder sonstige Einnahmen sicherzustellen.

4. Wann kann ein Projekt beginnen?

Grundsätzlich darf eine Förderung nur bewilligt werden, wenn zum Zeitpunkt der Förderentscheidung mit dem Projekt noch nicht begonnen wurde. Es ist jedoch möglich, **zusammen mit der Einreichung eines Antrags auf Bewilligung** einer Zuwendung nach § 44 BHO den vorzeitigen Maßnahmebeginn beim Auswärtigen Amt zu beantragen. Voraussetzung hierfür ist das **Einbringen von Eigen- oder Drittmitteln**. Im Fall der **ausnahmsweisen Bewilligung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns** können Projektkosten ab dem in der Bewilligung konkret genannten Datum abgerechnet werden, sofern später ein Zuwendungsbescheid ergeht. Dies bedeutet, dass ab diesem Datum auf **eigenes Risiko** mit dem Projekt begonnen werden kann, bevor der Zuwendungsbescheid ergangen ist. Ein Rechtsanspruch auf Förderung wird erst mit Zugang eines Zuwendungsbescheids begründet.

Im September 2021 wird der Deutsche Bundestag neu gewählt. Es ist deshalb nicht davon auszugehen, dass der Bundeshaushalt schon zu Jahresbeginn 2022 beschlossen sein wird. Dennoch wird es grundsätzlich möglich sein, auch während der *vorläufigen Haushaltsführung* in beschränktem Maße Projekte zu bewilligen. Wir empfehlen jedoch, in Ihren Planungen vorrangig einen Projektbeginn zum Sommer 2022 zu erwägen.

5. Wie entscheidet das Auswärtige Amt über eine Förderung?

Das Auswärtige Amt entscheidet über förmliche Anträge gemäß § 44 BHO. Aufgrund des sehr hohen Interesses seitens der Zivilgesellschaft, sich am Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den genannten Ländern zu beteiligen und sich mit eigenen Projekten zu engagieren, wird es dem Auswärtigen Amt voraussichtlich nicht möglich sein, alle eingereichten Ideen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Um den Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten so gering wie möglich zu halten, folgt die Entscheidung über eine Förderung in zwei Stufen:

1. Beratungsverfahren: Im Rahmen eines vorgeschalteten Beratungsverfahrens werden zunächst diejenigen Projektideen identifiziert, die, unter Anlegung der vorgenannten Kriterien, die beste Aussicht auf eine Förderung haben und für die eine Antragstellung auf

Fördermittel empfohlen werden kann. Dieses **Verfahren erfolgt auf der Grundlage von Projektskizzen**, die in knapper Form das geplante Projekt prägnant vorstellen. Während des Beratungsverfahrens steht das im Auswärtigen Amt zuständige Referat 601 für **allgemeine Fragen zum Programm sowie zu konkreten Projektideen** gerne zur Verfügung.

Projektskizzen (auf Deutsch oder Englisch) können vom 10. September bis 15. Oktober 2021 über die Webseite

<http://oepr.diplo.de>

eingereicht werden. Auf dieser Website finden Sie weitere Informationen und Anleitungen zum Einreichen von Projektskizzen. Nachträgliche Änderungen bereits eingereicherter Projektskizzen sind ausgeschlossen. Am 15. Oktober 2021 wird die Webseite für die Einreichung von Projektskizzen geschlossen. Danach sind keine Einreichungen mehr möglich. Auf anderem Weg eingereichte Projektskizzen werden nicht berücksichtigt.

Bei Anfragen zu Projekten, die das Auswärtige Amt bereits in den Vorjahren gefördert hat, ist zusammen mit der Projektskizze eine kurze Evaluierung der Zielerreichung hinzuzufügen.

Nach Auswertung aller eingegangenen Projektskizzen erhalten Interessenten voraussichtlich Anfang des Jahres 2022 **eine Nachricht mit einer Einschätzung**, ob ein Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung gemäß § 44 BHO unter Berücksichtigung aller anderen eingegangenen Projektskizzen voraussichtlich Aussicht auf Erfolg haben wird.

2. Antragseinreichung: Für Projekte, die eine positive Einschätzung erhalten haben, können förmliche Anträge eingereicht werden. Der Antrag muss auf Deutsch oder Englisch und mit vollständigen Unterlagen fristgerecht postalisch eingereicht werden, um Berücksichtigung zu finden.

An wen kann ich mich wenden, wenn ich Fragen habe?

Für **Rückfragen** steht Ihnen im Auswärtigen Amt das zuständige Referat 601 gerne zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich per E-Mail an 601-oepr@diplo.de oder kontaktieren Sie uns telefonisch (030 / 18 17 - 4272 (Belarus und Rep. Moldau); - 7966 (Südkaucasus); - 4917; - 97104 (beide Russland); - 8231 (Ukraine); -2148).

Bei **technischen Schwierigkeiten** in der Nutzung der Webseite <http://oepr.diplo.de> wenden Sie sich bitte direkt an [Frau Luther](#) (Telefon: 030 / 18 17 - 4272, E-Mail: 601-2-1@diplo.de).